

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 08.05.2014**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)
Zeit:	16:30 Uhr bis 18:23 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	anwesend ab 17:20 Uhr
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Robert Bonan	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Sabine Wolff	MitBürger - NEUES FORUM	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Ute Borchert	SKE	
Herr Manfred Czock	SKE	
Herr Dr. Sebastian Kranich	SKE	
Herr Mamad Mohamad	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle	
Frau Martina Vofrei	Bereichsleiterin Jobcenter Halle	Vertretung für Frau Tempel
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Jörg Baus	Verwaltung	
Herr Dr. Toralf Fischer	Verwaltung	
Herr Thomas Godenrath	Verwaltung	
Frau Konstanze Hermann	Verwaltung	
Frau Kerstin Riethmüller	Verwaltung	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verwaltung	
Frau Susanne Wildner	Verwaltung	
Frau Annerose Winter	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	entschuldigt
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	entschuldigt
Herr Manfred Schuster	FDP	
Herr Eric Eigendorf	SKE	
Frau Brigitte Thieme	SKE	
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Jobcenter Halle	Vertretung d. Frau Vofrei
Frau Helga Schubert	Liga d. f. Wohlfahrtspflege Halle	
Frau Dr. Christine Gröger	Verwaltung	entschuldigt
Frau Petra Schneutzer	Verwaltung	entschuldigt

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte die Ausschussmitglieder und eröffnete die Sitzung um 16:35 Uhr. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, schlug vor, die Tagesordnungspunkte (TOP) 4 und 5 zu tauschen, so dass Herr Prof. Stang seinen Vortrag als TOP 4 hält und das Jobcenter seinen Bericht unter TOP 5 vorstellt.

Die Ausschussmitglieder stimmten der geänderten Tagesordnung zu:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bericht von Prof. Stang zum Herzinfarktregister, Med. Fakultät MLU
5. Bericht des Jobcenters Halle (Saale)
6. Beschlussvorlagen
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Mitteilungen
- 9.1. Informationsvorlage - Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) des Jobcenters Halle (Saale) 2014
Vorlage: V/2014/12519
- 9.2. Information zum Umsetzungsstand "Haus der Jugend" - Arbeitsbündnis Jugend und Beruf
- 9.3. Themenspeicher
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

Da die Niederschrift vom 10. April 2014 den Ausschussmitglieder noch nicht vorlag, wird die Genehmigung im SGGA am 05. Juni 2014 vorgenommen.

zu 4 **Bericht von Herrn Prof. Stang zum Herzinfarktregister**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte Herrn Prof. Stang und seine Mitarbeiterin Frau Bohley, Koordinatorin des Herzinfarktregisters, recht herzlich. Es sei ein großes Anliegen der Mitglieder des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses gewesen, dass das Herzinfarktregister im Ausschuss vorgestellt wird.

Herr Prof. Stang dankte den Ausschussmitgliedern für die Einladung und war erfreut über das bestehende Interesse.

Nach Rücksprache mit Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, erklärte Herr Prof. Stang, dass er sowohl das Regionale Herzinfarktregister Sachsen-Anhalt (RHESA) vorstellen und weiterhin Informationen zum Projekt Nationale Kohorte geben wird.

Zur Veranschaulichung wird Herr Prof. Stang beide Projekte mit einer Powerpoint-Präsentation (PPP) erläutern.

Anhand des Herzinfarktregisters der Stadt Augsburg konnte bereits eine Datenerhebung zu Herzinfarkten erfolgen. $\frac{1}{4}$ aller Herzinfarkte führt zum Tod, noch bevor das Krankenhaus erreicht wird. Die Sterblichkeit in Sachsen-Anhalt bei einem Herzinfarkt liegt im Vergleich zum Bundesdurchschnitt um 43 % höher.

Zur Erstellung des Herzinfarktregisters für Sachsen-Anhalt werden Daten von der Stadt Halle (Saale) sowie 2 Altmarkkreisen zusammengetragen. Es handelt sich damit um die 2. Region in Deutschland - nach Augsburg -, in der ein Herzinfarktregister betrieben wird.

Herr Prof. Stang freute sich über die gute Zusammenarbeit mit Frau Dr. Gröger vom Fachbereich Gesundheit und mit Herrn Dr. zur Nieden, ärztlicher Leiter des Rettungsdienstes.

In Sachsen-Anhalt kooperieren 16 Krankenhäuser, um Informationen für das Herzinfarktregister zu sammeln und auswerten zu können.

Herr Prof. Stang wies darauf hin, dass strenge Vorgaben zum Datenschutz auferlegt wurden und ein Datenschutzkonzept erstellt wurde.

Um das Herzinfarktregister ausbauen und mit erweiterten Daten für die Zukunft unterlegen zu können, ist es erforderlich, dass Infarktpatienten namentlich benannt werden. Denn nach einem Jahr erfolgt eine Auswertung zur Überlebensrate.

Zu den in der PPP aufgeführten Informationen stellte **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, die Frage, worauf sich die Verweigerung mit 24 % und „Ansprache nicht möglich“ mit 16 % begründen.

Frau Bohley äußerte sich dazu, dass der Zustand der Patienten bei Einlieferung ins Krankenhaus teilweise so instabil ist, dass sie nicht befragt werden können. Begründet wird es jedoch auch damit, dass eine Verlegung von Patienten nach einem Infarkt in ein anderes Krankenhaus erfolgt, bevor eine Befragung möglich war. Weiterhin liegt es mit einem kleinen Prozentsatz am Versäumnis durch die Ärzte.

Herr Schachtschneider, CDU, möchte wissen, ob den Patienten die Teilnahme an diesem Projekt verständlich erklärt wird.

Frau Bohley sagte aus, dass es Patienteninformationen zum RHESA in Form eines Faltblattes mit einem Frageschema gibt. Es wird kein medizinisches Fachchinesisch angewandt, sondern der Patient erhält die Informationen für ihn verständlich. Ferner ist eine Web-Page für nähere Informationen eingerichtet, auf die die Patienten zurückgreifen können. Auch erfolgen Pressemitteilungen, um die Bürger aufzuklären.

Frau Tomczyk-Radji, SKE, bat um Erläuterung zum Links-Herz-Katheter.

Herr Prof. Stang machte deutlich, dass es sich bei einem Links-Herz-Katheter (arteriell) um eine Untersuchung handelt, bei der ein Katheter durch einen Schnitt in der Leiste bis vor die linke Herzkammer geschoben wird, um die Herzkranzgefäße untersuchen und eventuell mit einem Ballon erweitern zu können. Natürlich gibt es auch einen Rechts-Herz-Katheter (venös); dieser wird durch die Vene eingeführt. Diese Untersuchung findet jedoch nicht so oft Anwendung, da hierbei eine Begutachtung der Kranzgefäße nicht möglich ist.

Damit schloss Herr Prof. Stang seine Ausführungen zum RHESA.

Mit einer weiteren PPP gab er einen detaillierten Bericht zum Projekt „Nationale Kohorte“ (Längsschnittstudie).

Die Gesundheitsberichterstattung in Deutschland ist bisher sehr dürftig. Bei der Nationalen Kohorte handelt es sich um ein bundesweites Projekt mit 200.000 Teilnehmern im Alter zwischen 20 und 69 Jahren. Es soll eine Langzeitstudie (10 Jahre) an der Bevölkerung mit bestimmten Zielstellungen durchgeführt werden. Ziele dieser Studie sind u. a. die frühe Diagnostik von Erkrankungen, die Feststellung und das Zusammenwirken von krankheitsauslösenden Faktoren sowie damit verbundene neue Vorhersagemodelle. In Deutschland nehmen 18 Studienzentren an diesem Projekt teil. Halle hatte sich auf eine internationale Ausschreibung beworben, da entsprechende Vorerfahrungen vorhanden sind. Es ist daher sehr erfreulich, dass Halle den Zuschlag für diese Studie erhalten hat. Ab Montag, 12. Mai 2014, startet das Projekt. Auch der Saalekreis wird mit einbezogen, dort läuft die Studie in den nächsten 1 bis 2 Jahren an. Das Untersuchungsprogramm ist in 2 Levels unterteilt. Nach Durchlauf des 1. Levels besteht die Möglichkeit, am 2. Level mit ausgedehnteren und spezifischeren Untersuchungen teilnehmen zu können. Die ersten Meetings zu diesem Programm wurden 2008 durchgeführt. Nunmehr stehen 210 Mio. Euro an Fördermitteln zur Verfügung, davon erhält Halle in den nächsten 10 Jahren 7 Mio. Euro. Die zur Verfügung gestellten Fördermittel der Bundes- und Landesregierung sowie der Helmholtz-Gemeinschaft fließen in einen eigens für die Studie gegründeten Verein.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte im Namen aller Ausschussmitglieder Herrn Prof. Stang und Frau Bohley für ihre ausführlichen und interessanten Informationen. Sie unterstrich die Wichtigkeit dieser Arbeit und wünschte maximale Erfolge für die Durchführung der Studie.

Herr Prof. Stang erklärte sich bereit, weitergehende Anfragen der Mitglieder gerne zu beantworten und dankte noch einmal, dass er die Projekte im Ausschuss vorstellen konnte.

Frau Tomczyk-Radji, SKE, sprach großes Lob zu den verständlichen Ausführungen gegenüber Herrn Prof. Stang und Frau Bohley aus. Sie möchte wissen, ob die Studie Aussagen zu regionalspezifischen Erkrankungen (z. B. Kinderlähmung im Gebiet Buna, Leuna) treffen wird.

Herr Prof. Stang führte aus, dass bereits nach der Wende entsprechende Erhebungen vorgenommen wurden, jedoch ohne Ergebnisse von Auffälligkeiten, wie z. B. Krebs oder Lungenerkrankungen.

Natürlich werden bei der Studie die Berufsausübung und Berufsfelder mit einbezogen. Krankheiten können somit dann auch speziellen Berufsgruppen zugeordnet werden.

Herrn Prof. Stang ist jedoch keine Langzeitstudie hinsichtlich Kinderlähmung bekannt.

Herr Dr. Kranich, SKE, bat um Information, wie die Studienteilnehmer motiviert werden. Sicherlich gibt es auch Probleme mit Bürgern, die die Teilnahme an dem Projekt verweigern.

Herr Prof. Stang machte deutlich, dass die Bevölkerung in Halle (Saale) gegenüber dieser Studie sehr aufgeschlossen ist. Nach einer Machbarkeitsstudie liegt die Teilnehmerquote bei 51 %.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, möchte wissen, ob eine Einschätzung möglich ist, dass alle angeschriebenen Teilnehmer auch wirklich an der Studie mitwirken und ob Nachrücker möglich sind.

Herr Prof. Stang sagte aus, dass die Teilnehmer angeschrieben werden. Erscheinen sie nicht zu dem Termin, wird ein Erinnerungsschreiben versandt. Kommt der Bürger dann wieder nicht, wird versucht, telefonisch Kontakt mit ihm aufzunehmen. Fruchtet dies auch nicht, werden Mitarbeiter zu einem Hausbesuch entsandt.

Herr Czock, SKE, fragte nach, ob die Studie Schlussfolgerungen auf bestimmte Berufsgruppen zulässt.

Herr Prof. Stang gab an, dass natürlich Schlüsse zu den Berufsfeldern möglich sind. Hierbei werden speziell Stressfaktoren in den einzelnen Berufsgruppen untersucht.

Frau Wolff, MitBürger – Neues Forum, erkundigte sich, wie die Adressen der Teilnehmer beschafft wurden und bezog sich dabei auf einen Artikel der Mitteldeutschen Zeitung, dass die Stadt Halle (Saale) Anschriften der Bürger verkauft.

Herr Prof. Stang erläuterte, dass die Auswahl durch das Einwohnermeldeamt anhand eines Ziehungsalgorithmus gegen Entrichtung einer Gebühr erfolgt.

Frau Wolff, MitBürger – Neues Forum, möchte weitergehend wissen, wie die Teilnehmer rekrutiert und motiviert werden.

Herr Prof. Stang stellte klar, dass nach dem Hausbesuch keine weiteren Maßnahmen unternommen werden, um Teilnehmer anzuwerben. Die Studie musste den Ethikrat sowie den Datenschutz durchlaufen. Es werden Stichproben nach dem Melderegister gezogen. Zudem liegt eine landespolitische Bestätigung zur Durchführung dieser Studie vor.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, sprach noch einmal ihren herzlichen Dank aus und hofft, dass die Ergebnisse dieser Studie veröffentlicht werden. Sie wünschte im Namen aller Mitglieder weiterhin Motivation, Optimismus und Freude an dieser Arbeit.

zu 5 Bericht des Jobcenters Halle (Saale)

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte Frau Vofrei und Frau Grummisch, Bereichsleiterinnen des Jobcenters Halle (Saale).

Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter, stellte die BuT-Statistik – Stand 30.04.14 anhand der den Ausschussmitgliedern vorliegenden Bögen vor.

Herr Schachtschneider, CDU, bat um Auskunft, ob der Sport unter der Rubrik soziales und kulturelles Leben geführt wird.

Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter, bejahte diese Frage.

Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter, widmete sich der monatlichen Statistik des Jobcenters. Im April 2014 waren 24.006 Arbeitslose in Halle (Saale) gemeldet, das sind 683 BürgerInnen weniger als im Monat März 2014. Aufgrund der guten Witterungsverhältnisse ist ein Anstieg bei der Arbeitsaufnahme in den Sparten Bau, Garten und Transport zu verzeichnen.

Erfreulich ist weiterhin, dass die Jugendarbeitslosigkeit deutlich gesunken ist, und zwar um 110 Personen.

Leider konnten bei der Altersgruppe 50+ weniger BürgerInnen in Arbeit vermittelt werden, im Monat April 2014 belief sich die Zahl auf 8.206.

Die Arbeitslosenquote in Halle (Saale) liegt bei 12,2 %.

Bei den Bedarfsgemeinschaften war im April 2014 ein Rückgang um 126 zu verzeichnen, gesamt 20.233.

Frau Wunderlich, SKE, möchte wissen, welche Personen unter nicht erwerbsfähigen Leistungsempfängern geführt werden.

Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter, gab an, dass es sich hier um den Personenkreis der Sozialgeldempfänger handelt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, nahm Bezug auf den Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit und bat um Erklärung, ob die vom Jobcenter angebotenen Maßnahmen damit im Zusammenhang stehen und ob auch Schulabbrecher in Arbeit gebracht werden konnten.

Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter, erläuterte, dass eine gute Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeitern erfolgt. Für die unter 20- bzw. unter 25-Jährigen werden zielgerichtete Hilfen angeboten. So wird dieser Personenkreis z. B. 2 x wöchentlich zum Jobcenter vorgeladen, um den weiteren Fortgang bei der Arbeitssuche zu unterstützen.

Herr Müller, CDU, erfragte, warum im Vorjahr mehr Frauen als Männer arbeitslos gemeldet waren, in diesem Jahr ist die Tendenz gegenläufig. Spielt hier z. B. das Wetter eine Rolle?

Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter, konnte diese Frage leider nicht beantworten, da hier keine Analyse vorgenommen wird.

Frau Wolff, MitBürger – Neues Forum, begehrte erneut Auskunft zum Thema BuT (Bildung und Teilhabe). Ihr ist bekannt, dass das Projekt nicht weitergeführt werden soll. Sind hier entsprechende Tendenzen erkennbar?

Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter, machte deutlich, dass für BuT die Stadt Halle (Saale) als Träger des Verfahrens zuständig ist. Eine Beantwortung dieser Frage ist durch das Jobcenter daher nicht möglich.

Herr Kogge, Beigeordneter Bildung und Soziales, legte dar, dass keine Veränderungen bei BuT in naher Zukunft vorgenommen werden. Die Grundstruktur von BuT ist in keinsten Weise in Frage gestellt. Lediglich der Teil Schulsozialarbeit und die Mittagessenversorgung in Horten liefen Ende 2013 aus. BuT wurde in Folge des Bundesverfassungsgerichts-Urteils als kinderbezogenes Leistungspaket entwickelt und umgesetzt.

Frau Wolff, MitBürger – Neues Forum, gab an, dass bei der hohen Schulabbrecherquote die Sinnhaftigkeit dieses Programms in Frage gestellt wird.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sagte aus, dass die Schulsozialarbeit nicht Bestandteil von BuT ist, sondern befristet bis 31.12.2013 aufgenommen wurde. Für das Programm „Schulverweigerer“ ist Träger das Kultusministerium.

zu 6 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Weiterhin lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 9 Mitteilungen

Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales, äußerte sich noch einmal zu der Anfrage von Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, zum schlüssigen Konzept im letzten SGGA. Zwischenzeitlich liegt ein positives Urteil einer Kammer des Sozialgerichtes Halle vor. Das Sozialgericht Halle hat das vorliegende Konzept als schlüssiges Konzept anerkannt.

zu 9.1 Informationsvorlage - Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) des Jobcenters Halle (Saale) 2014 Vorlage: V/2014/12519

Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter, äußerte sich noch einmal zu dieser Thematik. Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter, hatte bereits in der Februar-Sitzung des SGGA darüber ausführlich berichtet. Frau Vofrei möchte nur auf neue Aspekte des AMIP hinweisen.

30 Projekte für 235 Teilnehmer – vorwiegend ALG II-Empfänger und über 50 Jahre – stehen zur Verfügung. Ziel ist die Vermittlung der Teilnehmer in den 1. Arbeitsmarkt. Das 1. Projekt startete bereits am 01. April 2014 und momentan sind 86 Stellen für die nächsten 12 Monate besetzt.

Bei der Bürgerarbeit ist ein weiterer Rückgang zu verzeichnen, von 36 Austritten mussten 25 BürgerInnen in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.

Frau Vofrei machte noch einmal darauf aufmerksam, dass den arbeitslosen BürgerInnen im Jobcenter ein Bewerbercenter mit PC-Arbeitsplätzen und Integrationsfachkräften zur Verfügung steht. Dort können Bewerbungsunterlagen zur Mitnahme erstellt werden. Weiterhin besteht die Möglichkeit, Bewerbungsgespräche und eine erfolgreiche Integration zu trainieren; so dass Missstände und Unsicherheiten bei den Gesprächen erkannt und abgebaut werden können.

Ein spezielles Projekt für 18- bis 30-Jährige wurde gestartet, um in dieser Zielgruppe Stärken-Schwächen-Analysen vornehmen zu können. Es steht den Jugendlichen ein Arbeitgeberservice zur Verfügung. Auch können die BürgerInnen an Gruppengesprächen zur Zielorientierung teilnehmen. Ziel ist die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt.

Die 2. Staffelt startete bereits, bei 24 Teilnehmern ist jetzt schon eine Integration von 11 Jugendlichen zu verzeichnen.

Ein weiteres Projekt „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“ wurde ins Leben gerufen. 204 Familien wurden aufgenommen, um eine Beschäftigungsorientierung aufzuzeigen. 27 Erprobungsarbeitsplätze werden dafür zur Verfügung gestellt.

Frau Wolff, MitBürger – Neues Forum, fehlen im AMIP konkrete Schwerpunkte und Maßnahmen, diese sind zu allgemein benannt. Eine vollständige Problemanalyse und Aufgabenkritik sind nicht erkennbar.

Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter, konnte Frau Wolff nicht zustimmen. Die Träger der Projekte möchten teilweise nicht benannt werden, auch ist eine Vielzahl von Maßnahmen erklärt und aufgeführt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, meinte, dass abzuwarten bleibt, ob im Vergleich zur Bürgerarbeit bei den jetzigen Projekten eine höhere Integrationsquote ausgewiesen werden kann. Ziel ist bei allen Projekten die Heranführung an den Arbeitsmarkt und die Stabilisierung der arbeitslosen BürgerInnen.

Frau Tomczyk-Radji, SKE, bat um Auskunft, ob bei älteren Jugendlichen ein späterer Berufsabschluss ermöglicht werden kann.

Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter, äußerte sich dahingehend, dass Personen ohne Berufsabschluss gezielt angesprochen und geschult werden. Ein Teil von ihnen kann dann den Berufsabschluss nachholen. Die eigene Motivation und Freiwilligkeit der Jugendlichen ist jedoch dafür Voraussetzung.

Herr Dr. Kranich, SKE, teilte die Bedenken von Herrn Kogge. Diese Probleme können jedoch auf kommunaler Ebene nicht gelöst werden. Auch die neuen Projekte werden im Vergleich zur Bürgerarbeit die gleiche Quote aufweisen.

Herr Mohamad, SKE, gab an, dass Kunden mit Migrationshintergrund nicht ausgewiesen werden.

Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter, führte aus, dass eine Angabe von der Bundesagentur nicht gewünscht wird.

Herr Czock, SKE, ersuchte um Information, ob ein Bewerbertraining zentral über das Jobcenter abgewickelt werden kann, so dass die Teilnehmer nicht immer mehrfach bei anderen Trägern geschult werden müssen.

Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter, bejahte diese Frage. Das Bewerbertraining wird zentral im Jobcenter durchgeführt.

Weitere Nachfragen von den Ausschussmitgliedern wurden nicht gestellt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte Frau Vofrei für die Ausführungen.

zu 9.2 Information zum Umsetzungsstand "Haus der Jugend" - Arbeitsbündnis Jugend und Beruf

Herr Godenrath, Koordinator Jugendintegration, äußerte sich zum Bearbeitungsstand für das Haus der Jugend, wobei „Haus der Jugend“ zz. als Arbeitstitel Verwendung findet.

Es soll ein regionales Übergangsmanagement für 15- bis 25-Jährige im SGB II-Bezug geschaffen werden, sogenanntes One-Stop-Government. Anlaufpunkt und Standort ist die Neustädter Passage 1.

Ziel ist es, Jugendliche aus dem SGB II-Bezug dauerhaft auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen.

Es wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale), dem Jobcenter und der Arbeitsagentur geschlossen, ferner soll eine gemeinsame Internetplattform erstellt werden.

Die kommunalen Bedarfe für dieses Projekt werden noch ermittelt. Eine Förderung des Programmes erfolgt aus EU-Mitteln mit 80 %. Eventuell Ende des Jahres liegt die entsprechende Genehmigung der EU dazu vor. Bis zur Auszahlung der Fördermittel wird vom Land ein vorsichtiges Agieren zu diesem Projekt empfohlen.

Frau Tomczyk-Radji, SKE, bat noch einmal um Auskunft zu den EU-Fördermitteln.

Herr Godenrath, Koordinator Jugendintegration, machte deutlich, dass die 80 % der Fördermittel für bestimmte Projekte zur Verfügung stehen.

Herr Schachtschneider, CDU, äußerte sich, dass bei der psychosozialen Betreuung die Schulsozialarbeit nicht mit aufgeführt wurde.

Herr Godenrath, Koordinator Jugendintegration, wies darauf hin, dass es sich um eine Aufzählung mit Beispielen auf dem den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellten Plan handelt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses bedankte sich bei Herrn Godenrath für die Mitteilungen.

zu 9.3 Themenspeicher

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, regte an, den letzten SGGA am 05. Juni 2014 auf 16:00 Uhr vorzuverlegen, da die Händelfestspiele an diesem Tag eröffnet werden. Es sind auf die Tagesordnung der Bericht der Björn Schulz Stiftung – Kinderhospiz und die Vorstellung des Gleichstellungsaktionsplanes aufzunehmen.

Dem Vorschlag, den Ausschuss am 05. Juni 2014 bereits um 16 Uhr zu beginnen, stimmten die Ausschussmitglieder einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales, gab bekannt, dass der Besuch der jüdischen Gemeinde am 05. Juni 2014 zum letzten SGGA vor der Sommerpause aufgrund von jüdischen Feiertagen nicht möglich ist. Er orientierte für den Besuch auf den 11. Dezember 2014.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Wolff, MitBürger – Neues Forum, hatte 3 mündliche Anfragen:

1. Wann wird das Strategiekonzept zur ambulanten Suchthilfe vorgestellt und werden die neuesten Entwicklungen mit berücksichtigt?

Nach Aussage der Verwaltung im Juni 2013 sollte das Konzept im Juli 2013 zur Vorlage in den Stadtrat eingebracht werden. Jetzt ist Mai 2014 und es liegt nach wie vor kein Konzept vor. Die Aussage der Verwaltung könne nicht mehr ernst genommen werden.

Frau Schwarzer, Abteilungsleiterin Fachbereich Gesundheit, stellte eine Auskunft in der Juni-Sitzung 2014 in Aussicht.

2. Umsetzung der strategischen Sozialplanung

Frau Wolff machte deutlich, dass auch hier bereits im Mai 2013 eine Aussage getroffen werden sollte. Bisher liegt jedoch keine Antwort der Verwaltung vor.

Die Verwaltung wird sich in der Juni-Sitzung 2014 des SGGA dazu äußern.

3. Ergebnisse zum Kassensturz bei Bildung und Soziales

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erklärte, dass eine Organisationsuntersuchung im Fachbereich Soziales durchgeführt werden soll. Nähere Auskünfte können im September vorgelegt werden. Zu dem von Frau Wolff benannten Kassensturz kann er keine Auskunft erteilen, da ihm hierzu nichts bekannt ist.

Herr Schachtschneider, CDU, möchte wissen, ob es sich um einen Kassensturz (Inventur) oder um Benchmarking (Strategie) handelt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, wies erneut auf die bevorstehende Organisationsuntersuchung hin.

Herr Dr. Kranich, SKE, informierte, dass ihm Hinweise zu defekten Ampelanlagen in Halle-Neustadt vorliegen, die durch Sehbehinderte daher schlecht genutzt werden können. Es fällt teilweise das akustische Signal aus und die Behinderten können die Ampel daher nicht oder nur mit Hilfe passieren.

Herrn Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter, ist dieses Problem bekannt. Die Ampelanlagen werden 1 x jährlich überprüft. Um jedoch eine Inspektion vornehmen zu können, muss die konkrete Ampelanlage mit Straßennamen benannt werden. Er gab bekannt, dass er bereits eine Liste mit Lichtsignalanlagen an die Fraktionen mit der Bitte übermittelte, die defekten Ampelanlagen zu kennzeichnen/zu benennen. Die vorliegenden Beschwerden wurden von Herrn Dr. Fischer an den Fachbereich Tiefbau - Verkehrstechnik übermittelt.

Herr Müller, CDU, sagte aus, dass die Ampelanlage Ludwig-Wucherer-Straße/Willi-Lohmann-Straße/Martha-Brautzsch-Straße ab 20 Uhr abgeschaltet wird. Für Sehbehinderte und auch andere Verkehrsteilnehmer ist ein Überqueren der Straße daher schlecht oder gar nicht möglich.

Herrn Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter, liegt dazu bereits eine Beschwerde des Behindertenverbandes vor. Vor 3 Wochen wurde ein Hinweis an den Fachbereich Tiefbau zu dieser Problematik gegeben. Ergebnisse liegen bisher noch nicht vor. Die Zuständigkeit liegt beim Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Herr Müller, CDU, bemerkte, darauf hinzuwirken, dass evtl. im SGGA am 05. Juni 2014 eine Aussage zum Fortgang der Angelegenheit getroffen werden kann.

Herr Bonan, SPD, gab an, dass eine Überquerung des Steinwegs für Blinde oder Sehbehinderte sehr schlecht möglich ist, da kein Überweg das sichere Überqueren zulässt. Kann hier Abhilfe geschaffen werden und wurde ein Fußgängerüberweg im Stadtbahnprogramm berücksichtigt?

Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter, brachte zum Ausdruck, dass ein Fußgängerüberweg, der Straßenbahngleise quert, nicht möglich ist. Außerdem ist der Steinweg nicht im Stadtbahnprogramm erfasst.

Er regte an, dass dazu Anträge über die Fraktionen formuliert werden.

zu 11 Anregungen

Anregungen wurden nicht gegeben.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, schloss um 18:23 Uhr den öffentlichen Teil des SGGA am 08. Mai 2014.

Für die Richtigkeit:

Datum: 03.06.14

Tobias Kogge
Beigeordneter Bildung und Soziales

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Konstanze Hermann
Protokollführerin